



Landkreis Heilbronn



Ostalbkreis



Landkreis Göppingen



Landkreis
Esslingen



LANDKREIS
LUDWIGSBURG

An die Damen und Herren
Bundestagsabgeordneten
der Wahlkreise des Regierungsbezirks Stuttgart
- per Email -

Datum 21. November 2023

**Den Strukturwandel politisch gestalten:
Ein Vorschaltgesetz zur Krankenhausstrukturreform ist dringend erforderlich**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir, die Landräte im Regierungsbezirk Stuttgart, wenden uns mit einem dringenden Hilferuf an Sie. Die finanzielle Situation unserer Krankenhäuser wird von Tag zu Tag schwieriger und bringt unsere Kreishaushalte aus dem Lot.

Die immer noch anhaltenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, genauso aber die durch den Ukraine-Krieg weiter befeuerten Kostensteigerungen in allen Bereichen und die Tarifierhöhungen lassen die Defizite der Kliniken in unseren Landkreisen in bisher nicht vorstellbare Höhen steigen. Das betrifft alle Krankenhäuser. Nicht kommunale Krankenträger suchen Unterstützung durch die Landkreise. Das sprengt die Kreishaushalte und zwingt zu Kreisumlageerhöhungen, die unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden in finanzielle Nöten bringen.

Nach Berechnungen der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) wächst der finanzielle Verlust der Krankenhäuser jede Stunde (!) um 70.776 Euro(!) an. Zum Jahresende wird die Deckungslücke allein in Baden-Württemberg mindestens 620 Mio. Euro betragen. Die Defizituhr der Deutschen Krankenhausgesellschaft liegt aktuell bei über 9 Milliarden Euro und wird bis zum Jahresende die 10 Milliarden Euro überspringen.

Unsere Krankenhäuser und wir als kommunale Träger stehen dadurch wirtschaftlich mit dem Rücken an der Wand. Die Krankenhausfinanzierung wird deshalb in den nächsten Wochen die durchweg extrem schwierigen Haushaltsberatungen in unseren Kreistagen mitbestimmen. Mitbestimmen, weil durch die Inflation und die wirtschaftliche Flaute auch die Ausgaben für die soziale Sicherung überdurchschnittlich wachsen.

„Die Kommunen schaffen das schon, wenn sie ihr Krankenhaus nicht verlieren wollen“, wird nicht mehr lange gelingen. Der kalte Strukturwandel ist unausweichlich, wenn die Politik in Berlin weiter zögert.

Wir bekennen uns alle ausdrücklich zu wirtschaftlichem und nachhaltigem Handeln. Krankenhäuser sind aber keine Wirtschaftsunternehmen, sondern Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Was das bedeutet, haben wir doch alle gerade erst in der Pandemie erlebt. Dank einer flächendeckenden und wohnortnahen Krankenhausstruktur, kam Baden-Württemberg und ganz Deutschland wesentlich besser durch die Pandemie als viele unserer europäischen Nachbarländer. Dafür haben die Krankenhäuser zurecht große Wertschätzung erfahren. Dieses wertvolle Gut dürfen wir nicht planlos vor die Wand fahren lassen.

Die Krankenhausreform allein wird die strukturellen Probleme nicht beseitigen und je länger sich die schon mehrfach verschobene Reform noch weiter verzögert, umso dramatischer wird die Lage werden. Momentan sind Hunderttausende Beschäftigte in ernsthafter Sorge um ihre eigene Zukunft. Nicht wenige kündigen deshalb innerlich, wechseln deshalb bereits den Beruf oder entscheiden sich in jungen Jahren gleich für eine andere Ausbildung mit besseren Perspektiven. Die seit vielen Monaten anhaltende Hängepartie in der Gemengelage zwischen der Zuständigkeit des Bundes für die Betriebskostenfinanzierung und der Planungshoheit der Länder im Krankenhaussektor droht unübersehbar eine Abwärtsspirale auszulösen, die anschließend nur noch sehr schwer oder gar nicht mehr umkehrbar sein wird.

Wir hatten gehofft, dass die Krankenhausfinanzierung bei der Ministerpräsidentenkonferenz und dem Treffen mit Bundeskanzler Scholz ein zentrales Thema sein wird. Die Migration ist zweifellos ein ganz wichtiges Thema, die Krankenhausfinanzierung darf deshalb aber nicht vernachlässigt werden. Wenn die Politik nicht schnell handelt, werden Standortdiskussionen und Klinikschließungen in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik weiter zunehmen und die Finanzmisere der Krankenhäuser auf dem Rücken der Mitarbeiter*innen ausgetragen. Unsere Kliniken leisten weitaus mehr, als akutmedizinische stationäre und ambulante Versorgung.

Als Beispiel seien hier die Sozialpädiatrischen Zentren genannt; diese sind aus der Versorgungslandschaft unserer Kreise nicht wegzudenken – jedoch sind diese seit Jahren unzureichend finanziert und tragen somit zum Defizit unserer Kliniken bei. Aufgrund der systemischen finanziellen Schieflage unserer Kliniken werden zunehmend solche Leistungen in Frage gestellt.

Leider entsteht der Eindruck, dass ein kalter Strukturwandel, der sich nicht nach der Bedarfsplanung und Leistungsfähigkeit eines Krankenhauses, sondern der finanziellen Leistungsfähigkeit und dem Durchhaltevermögen des einzelnen Krankenhausträgers richtet, von der Bundesregierung in Kauf genommen wird. Damit wird die duale Finanzierung immer weiter ausgehöhlt, und dies ausschließlich zu Lasten der Krankenhäuser und deren Träger.

Wie sonst, sollen Äußerungen von Bundesminister Prof. Dr. Lauterbach etwa in der Stuttgarter Zeitung vom 15. Juni 2023 - „Wir stehen wirklich am Vorabend eines Krankenhaussterbens. Es werden leider auch Kliniken sterben, die gar nicht mal schlecht sind“ - politisch bewertet werden?

Wir freuen uns über die politische Initiative der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Anträge der Opposition sind wichtig, weil das Thema dadurch parlamentarisch wenigstens behandelt wird. Ändern wird sich aber nur etwas, wenn die Koalitionsfraktionen bei diesem zentral wichtigen Thema nicht länger tatenlos zusehen, sondern endlich ihrem politischen Gestaltungsauftrag gerecht werden, bevor die bewährte flächendeckende Versorgungsstruktur in Baden-Württemberg unwiederbringlich zusammenbricht. Dies, obwohl in Baden-Württemberg schon seit Jahrzehnten Überkapazitäten bei den Kliniken abgebaut wurden und die Betten-Dichte mit durchschnittlich unter 50 Betten pro 10.000 Einwohnern bundesweit am niedrigsten ist. Im ländlichen Raum ist die Bettendichte noch weit niedriger.

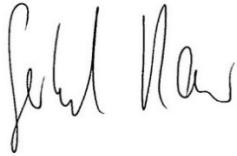
Wir fordern gemeinsam und mit vielen weiteren Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg und in Deutschland, dass der kalte Strukturwandel verhindert wird. Dazu brauchen wir zwingend und zeitnah ein mindestens 5 Milliarden Euro dotiertes Vorschaltgesetz, das es den auch künftig „gewollten“ Krankenhäusern ermöglicht, überhaupt an der Reform teilzunehmen. Eine Reform, die zu spät kommt, weil vorher schon Fakten geschaffen wurden, verfehlt ihren Sinn. Wir sehen Sie als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter deshalb unmittelbar in der Pflicht, die Interessen der Menschen zu vertreten.

Gerne stehen wir Ihnen jederzeit auch für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Die Zeit drängt aber. Fakten warten nämlich nicht, bis die Politik endlich handelt. Sie schaffen vielmehr Lebenswirklichkeiten. Uns liegt jedoch ganz entscheidend daran, dass es dann gute Lebenswirklichkeiten sind. Dafür erbitten wir deshalb dringend Ihre persönliche Unterstützung.

Gleichlautende Schreiben haben wir an alle Bundestagsabgeordneten der Koalitionsfraktionen im Regierungsbezirk Stuttgart versandt.

Für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung bedanken wir uns schon im Voraus
sehr herzlich und verbleiben im Übrigen wie immer

mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bauer
Landrat
Landkreis Schwäbisch Hall



Roland Bernhard
Landrat
Landkreis Böblingen



Dr. Joachim Bläse
Landrat
Ostalbkreis



Edgar Wolff
Landrat
Landkreis Göppingen



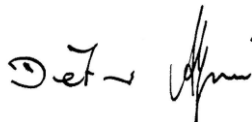
Peter Polta
Landrat
Landkreis Heidenheim



Norbert Heuser
Landrat
Landkreis Heilbronn



Dr. Matthias Neth
Landrat
Hohenlohekreis



Dietmar Allgaier
Landrat
Landkreis Ludwigsburg



Dr. Richard Sigel
Landrat
Rems-Murr-Kreis



Heinz Eininger
Landrat
Landkreis Esslingen